



APRIL/MAI 2011 · NR. 29

ANTIBERLINER

2 | Gehasst...

Als ob »die Türken« vor Wien ständen
– antimuslimischer Rassismus

4 | Verdammt...

Warum Lena uns nicht mehr eint
und manche wieder Feinde sind

7 | Erzählt...

Der Staat zählt durch:
Eene meene muh und raus bist du



Der nukleare Ernstfall in Japan überdeckt alle anderen Themen. Das ist richtig so, denn es betrifft alle und zwar auch noch dann, wenn schon nicht mehr darüber berichtet werden wird. Wo Profit die einzige Maxime ist, wird Risiko vernachlässigt. Auch hierzulande verdient die Atommafia an unser aller Risiko. Zeit, damit endgültig Schluss zu machen. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns jedoch vorrangig mit anderen Themen. Dabei geht es im Schwerpunkt um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Was ist nur aus dem Sommermärchen der Einheit geworden? Ohne dass wir Fans irgend einer Religion wären, stellt sich diese Frage am Beispiel des antimuslimischen Rassismus auf S.2-3. Weiterhin betrachten wir die Entwicklung der Gleichstellung von Frauen aus unterschiedlichen Blickwinkeln und untersuchen die drohende Volkszählung.

Der Antiberliner hat seinen Namen vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Diepgen, der die Menschen in Kreuzberg als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern.
Ein Ehrentitel also.

impresum

V.i.S.d.P.: Eberhard Diepgen
Fasanenweg 20
16547 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de
[i] www.antiberliner.de

Unterstützt durch:
Antifaschistische Linke Berlin
Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.

Mit solchen Vorstellungen scheint Friedrich vielen Menschen in Deutschland aus der Seele zu sprechen. Vorbehalte und Ressentiments gegenüber Muslim_innen sind hierzulande weit verbreitet. In Deutschland, wie auch in vielen anderen Ländern Europas, lässt sich eine Zunahme derartiger islamfeindlicher Einstellungen feststellen. Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2010 zufolge stimmte über die Hälfte der Befragten der Aussage »Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind« zu. Im Vergleich zum Jahr 2003 ist



Geistige Brandstiftung

»Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen läßt.« Nach nicht einmal 24 Stunden im Amt scheint der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich als erste Amtshandlung eine weitere Debatte um die »deutsche Leitkultur« führen zu wollen. Bereits kurz nach der Rede von Christian Wulff im letzten Herbst, als dieser feststellte, »dass der Islam inzwischen auch zu Deutschland gehöre«, widersprach Friedrich: »Die Leitkultur in Deutschland ist die christlich-jüdisch-abendländische Kultur, nicht die islamische.«



dies eine Steigerung von rund 11%. Der Aussage »Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden« stimmten 58,4% zu. In den neuen Bundesländern waren es sogar über Dreiviertel der Befragten. Auch andere Studien wie z.B. die jährlich erscheinende so genannte »Heitmeyer-Studie« des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) aus Bielefeld zeigen ähnliche Relationen. Der neusten Studie des IKG aus dem Jahr 2010 zufolge bejahten 38,9% die Aussage »Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«. Und immerhin 26,1% fanden: »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden«, was eine Steigerung um knapp 5% zum Vorjahr bedeutet.

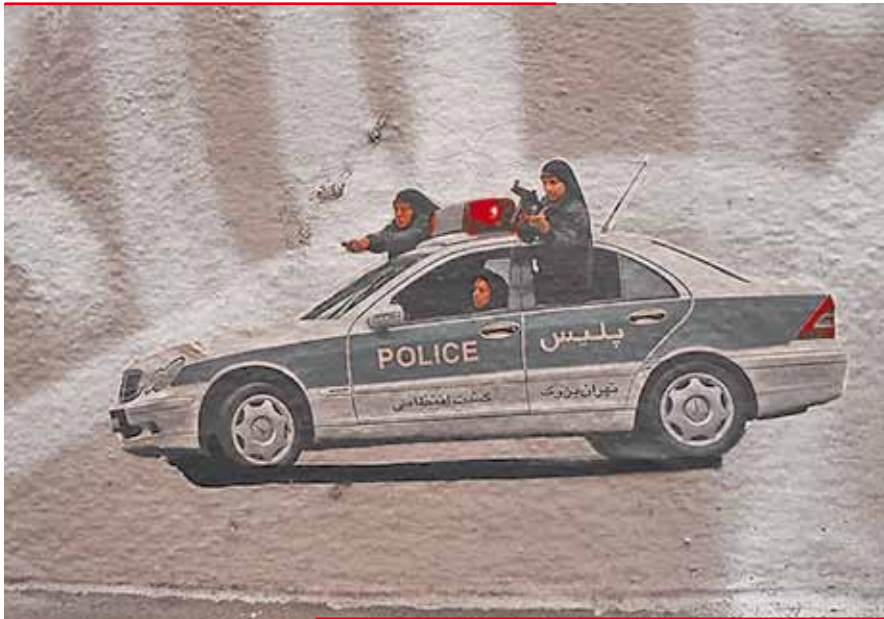
Bei den beschriebenen Ressentiments handelt es sich um eine spezielle Ausprägung des Rassismus. Im Gegensatz zu anderen rassistischen Einstellungen wird bei dieser Variante, dem antimuslimischen Rassismus, von keiner imaginierten »Rasse«, sondern von einer unter religiösen und kulturellen Aspekten konzipierten Gruppe ausgegangen. Auch wenn die Abgrenzungskriterien »Religionszugehörigkeit« und »Kultur« in dieser Hinsicht neu erscheinen mögen (was historisch nicht der Fall ist), die mit dieser Abgrenzung verbundenen Funktionsweisen von Ausschließung und Ausgrenzung sind es nicht.

Rassistische Einstellungen funktionieren nach einem einfachen Schema. Zunächst werden scheinbar einheitliche Gruppen konstruiert. Bestimmten Gruppen werden dann negative, anderen positiv konnotierte Eigenschaften zugewiesen. Anschließend werden diejenigen, die der konstruierten Gruppierung mit den zugeschriebenen negativen Eigenschaften zugerechnet werden, diskriminiert und ausgegrenzt. Durch das Abwerten und Stigmatisieren der »fremden Gruppe« findet gleichzeitig eine Aufwertung der »eigenen Gruppe« statt. Diese Struktur ist bei den oben beschriebenen antimuslimischen Einstellungen wiederzufinden, auch wenn die Gruppengrenze nicht anhand von ethnischen oder nationalen Aspekten, sondern anhand religiöser und kultureller Kategorien gezogen wird. Mitunter vermischen sich auch »klassische rassistische Einstellungen« mit antimuslimischen, z.B. dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Körpermerkmale zur Gruppe der »Muslime« subsumiert werden. Ausgespart werden in jedem Fall soziale Widersprüche als auch unterschiedliche politische und ökonomische Verhältnisse innerhalb der konstruierten Gruppen. Auch die Unterschiede der verschiedenen religiösen Ausrichtungen sowohl im Islam als auch im Christentum, werden nicht weiter berücksichtigt. Für die Verbreitung und Legitimierung rassistischer Einstellungen ist eine Reproduktion bestimmter stereotyper Bilder und Vorstellungen in Medien, Politik, Wissenschaft und dem Alltagsleben besonders wichtig. Solche Bilder sind im Falle des Islam häufig »Terror«, »Gewalt«, »Frauenunterdrückung«, »Fanatismus« oder »Unzivilisiertheit«. Beispielhaft hierfür wäre das Buch »Deutschland schafft sich ab«, in dem Thilo Sarrazin mit pseudowissenschaftlichen Argumenten u.a. eine »schleichende Islamisierung Deutschlands« konstruiert. Auch die Familienministerin Kristina Schröder schlug Ende letzten Jahres in eine ähnliche Kerbe, indem sie männlichen Migranten ohne Bezugnahme auf Aspekte wie z.B. Sozialstruk-

turen oder Ausbildungsmöglichkeiten eine deutlich höhere Gewaltbereitschaft unterstellte. »Eine erhöhte islamische Religiosität korreliert mit einer erhöhten Männlichkeitsrolle, und diese wiederum führt zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft.« Aspekte wie z.B. Sozialstrukturen oder Ausbildungsmöglichkeiten ignoriert sie dabei einfach.

Dass die wachsende antimuslimische Einstellung in Deutschland auch zu einer steigenden Zahl von antimuslimisch motivierten Straftaten führt, ist zwar sehr wahrscheinlich, statistisch allerdings so gut wie nicht zu belegen. Denn derartige Straftaten werden im Gegensatz zu Straftaten mit einem so genannten islamistischen Hintergrund nicht gesondert statistisch erfasst. Dazu muss besonders bei Fällen mit einem Diskriminierungshintergrund von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele der Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen wie Furcht vor Behörden oder aus Resignation, derartige Fälle

nicht zur Anzeige bringen. Allein in Berlin gab es den offiziellen Zahlen zufolge im letzten halben Jahr mindestens sieben Brandanschläge auf verschiedene Moscheen und muslimische Einrichtungen. Laut der Internetplattform *islam.de* wird mittlerweile einmal im Monat in Deutschland ein Anschlag auf eine Moschee verübt, ohne dass es von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werden würde. Dabei stellen solche Straftaten lediglich die Spitze eines Eisberges dar. Im gesellschaftlichen Alltag drücken sich antimuslimische Ressentiments meist dezenter aus und werden zunehmend akzeptierter. Dies führt dann zu dem Umstand, dass es »so normal wird, dass man gar nicht mehr darüber zu reden braucht, wenn muslimische Frauen mit Kopftuch auf offener Straße beschimpft und angespuckt werden«, wie Bekir Yilmaz, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde zu Berlin, konstatiert. Hintergrund derartiger Taten ist nicht zuletzt die Vorstellung, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. ★



Während die Berichterstattung über die Proteste in vielen arabischen und nordafrikanischen Ländern durchaus umfangreich ist, wird über die Situation in den europäischen »Auffanglagern«, wie dem auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa, kaum berichtet. Seit Mitte Januar sind über 9000 Menschen – hauptsächlich aus Tunesien – auf Lampedusa angekommen. Die Überfahrt in den oft sehr kleinen Booten ist mehr als gefährlich. Wie viele Menschen die Überfahrt nicht überleben kann nur geschätzt werden. Trotz der katastrophalen Situation in den »Auffanglagern« an den europäischen Außengrenzen will die deutsche Bundesregierung derweil keine Flüchtlinge aufnehmen. Auch Flüchtlinge aus Libyen haben wenig Aussicht auf Erfolg auf Asyl und das, obwohl die europäische Union die Lage in Libyen zusätzlich anheizt. Jahrelang haben Gaddafi und die EU bei der Abwehr von Flüchtlingen zusammengearbeitet. Eine der Prioritäten der EU in Bezug auf Libyen wird sein, diese Zusammenarbeit mit den kommenden Machthabern fortzusetzen.

Tante Käthe: Stochastik

Um es gleich am Anfang zu sagen: Da wir nicht die Titanic sind, entfällt in der aktuellen Situation die humoristische Pointe. Statt dessen betrachten wir den Hintergrund der nuklearen Katastrophe in Japan. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung, Stochastik, ist die Grundlage für die Berechnung der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ereignisses. Auf der Grundlage von Erfahrungswerten werden so genannte »Jahrhundertereignisse« in der Natur ermittelt, also Ereignisse, die vielleicht einmal in hundert Jahren eintreten. Dabei kann es um Fluten, Stürme, Vulkanausbrüche oder auch Erdbeben gehen. So wird z.B. die Deichhöhe an der Küste ausgehend von solchen Berechnungen festgelegt, je nachdem, was die Statistik der Vergangenheit für Grundwerte in die Berechnung einfließen lässt. Dabei spielt eine andere Komponente

eine große Rolle: Die Kosten. Je höher der Deich, desto geringer die Wahrscheinlichkeit einer Überflutung, aber desto höher auch die Kosten. Deshalb wird versucht, das Maß zwischen ausufernden Kosten und uferlosem Wasser zu halten. In Hamburg gab es so zwar schon einige Überschwemmungen, doch spätestens nach einigen Jahren war davon meist nichts mehr zu sehen. Nun gelten solche Überlegungen nicht nur für Deiche, sondern auch für so genannte »Hochrisikotechnologie« wie die Atomkraft.

Die Problematik liegt auf der Hand: Anders als bei einer Springflut werden die Auswirkungen einer nuklearen Katastrophe die Menschheit für die Zeit von Menschengedenken beschäftigen, auch wenn sich vielleicht irgendwann niemand mehr daran erinnern kann, was der Grund für all die Missbildungen war. Oder was die Richterskala war und was nun 8,2 oder 9,0 einst bedeuteten. Oder dass die Verantwortlichen nie so weit geplant hatten wie es nun gekommen ist. Oder dass, wie es hieß, das Kabel für die mobilen Generatoren fehlte. Kann ja mal passieren. Nein, darf es genau nicht, nicht ein einziges Mal, genauso wenig, wie ein einziges Erdbeben stärker hätte sein dürfen als 8,2 auf der Richterskala. Muss nur noch jemand der Natur erklären.



Zur Fußballweltmeisterschaft 2006 entstand bei vielen der Eindruck, in der deutschen Gesellschaft würden demokratische Werte wie Pluralität und Toleranz zusehends an Popularität gewinnen. Noch im Sommer 2010 feierte sich Deutschland selbst, insbesondere Jogis »multi-kulti« Fußballteam ließ Fußball zum Integrationsmotor schlechthin werden.

Doch wie oberflächlich diese Werte in der Gesellschaft verankert waren zeigte sich wenig später, als das gesellschaftspolitische Klima kippte. Und seitdem ist dies geprägt von offen geäußerten

Vorurteilen und Abwertungen gegen vermeintlich andere. Maßgeblich trug dazu die größte und bekannteste Boulevardzeitung Bild mit dem Vorabdruck von exklusiven Auszügen aus Sarrazins Buch bei. Mediale Unterstützung fand sie beim Spiegel, der mit entsprechenden Auszügen aus dem Buch folgte. Schließlich bestimmten Sarrazins Thesen wochenlang den politischen Diskurs.

Feinde der Mitte

Zunächst reagierte die politische Klasse mit der erwarteten Empörung auf Sarrazins an-

Gemüsehandel«. Und: »Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.« Wenngleich sich die Kanzlerin von Sarrazin distanzierte, räumte sie Defizite in der Integrationspolitik ein: »Darüber müsse ohne Tabus und ohne einen Verdacht von Rassismus diskutiert werden – beispielsweise über die angeblich erhöhte Gewaltbereitschaft strenggläubiger muslimischer Jugendlicher«. Auch der abgetretene Verteidigungsminister Guttenberg (CSU) sprach davon, dass es »richtig (sei), dass wir zu den Thesen, die Herr Sarrazin aufgestellt hat, einen offenen, breiten Diskurs führen. Das erwartet die Bevölkerung von uns.« Spätestens ab diesem Zeitpunkt tobte über Wochen und Monate die so genannte »Integrationsdebatte«, die immer bedenklichere Züge annahm. Insbesondere die Soziologin Necla Kelek, Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer trugen ihren Teil zum Bild des »rückständigen, frauenunterdrückenden und ungebildeten Islamisten« bei.

Schließlich manifestierte sich das Bild von »integrationsunwilligen sozialschmarotzenden Migranten«. Dieses Bild ist nichts Neues, insbesondere in den Wahlkämpfen Mitte der 1980er und Anfang der 1990er Jahre wurde es im Rahmen der »Asyldebatte« immer wieder bemüht. Es ist nichts anderes als die Verbindung von Rassismus und Sozialdarwinismus, welches sich aktuell auf Menschen mit vermeintlich muslimischem Hintergrund fokussiert.

(Sinn-)krise der Mitte

Dass Sarrazins Buch einen solchen medialen Diskurs auslösen konnte, zeigt, dass seine Anfeindungen auf einen fruchtbaren Boden fielen. Bereits vor der Veröffentlichung von seinen Thesen war die »Heitmeyerstudie 2010« abgeschlossen. Diese stellte fest, dass eine deutliche Zunahme aller Ausprägungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von 2009 auf 2010 besonders in den höheren Einkommensgruppen (ab 2.500 Euro pro Person) zu verzeichnen ist. Neben einem Anstieg des antimuslimischen Rassismus zeigte sich deutlich die Ausweitung

Ende eines Sommermärchens

Ein zivilisatorischer Damm scheint gebrochen, denn das Buch »Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« von Thilo Sarrazin ist das meistverkaufte »Politik-Sachbuch« des Jahrzehnts. Hätte es überraschen sollen, dass die von Sarrazin vehement hervorgebrachten rassistischen und sozialdarwinistischen Ideologeme soviel Anklang finden? Nicht wirklich, weisen doch verschiedene Studien der letzten Jahre auf einen zunehmenden Extremismus der Mitte hin. Denen zufolge reagieren gerade die Besserverdienenden und Einflussreicheren im Zuge der Krise reaktionär und ausgrenzend statt emanzipatorisch und differenziert.

tisemische, rassistische und sozialdarwinistische Äußerungen. Bald wurden seine Aussagen jedoch als »mutiges Aussprechen unbequemer Wahrheiten« uminterpretiert.

Bereits 2009 verkündete Sarrazin, dass Hartz IV-Abhängige von vier Euro am Tag locker leben könnten, da sie die meiste Zeit zu Hause verbrächten. Auch in seinem Buch wettet er: »In Deutschland beobachten wir schon seit vielen Jahren die allmähliche Verfestigung und das beständige Wachstum einer weitgehend funktions- und arbeitslosen Unterklasse. Ein relativ hohes garantiertes Grundeinkommen treibt diese weniger Leistungsstarken in die Nichtbeschäftigung und bindet sie dort.« Zudem unterstellt er Menschen mit weniger Geld »eine Bildungs-, Bewegungs- und Wortarmut«. Ähnlich auch argumentierten der Außenminister Guido Westerwelle und der »Philosoph« Peter Sloterdijk Anfang 2010, auch für sie sind Hartz IV-Abhängige nur »Sozialschmarotzer« und in der Folge werden sie zu den Sündenböcken der Finanzprobleme öffentlicher Haushalte gemacht. Dahinter steht ein Verständnis nach einem Führungsanspruch der vermeintlich gebildeten Eliten und ihre kulturelle Verachtung gegenüber den »Unterschichten«.

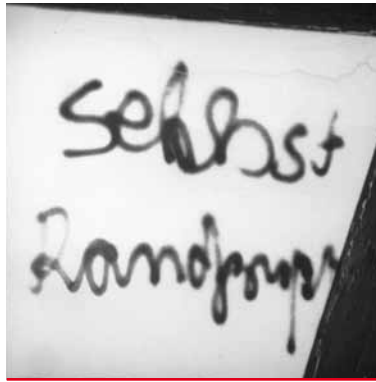
Dabei bleibt Sarrazin jedoch nicht stehen, unverhohlen schreibt er, dass »etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung (in Berlin) nicht ökonomisch gebraucht« werden. Denn eine »große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Anzahl durch falsche Politik zugenommen hat, hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und



von Sozialdarwinismus, konkret in der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen.

Grundlegend hängt diese Sichtweise eng mit der Durchkapitalisierung der Gesellschaft zusammen, die Menschen nur noch nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt. Die ökonomische Nützlichkeit ist das wesentliche Kriterium für den Wert des Individuums. Das ist ein Wesensmerkmal des Kapitalismus, der alles zur Ware macht, auch den Menschen, indem dieser auf seine Arbeitskraft reduziert wird. Kann die Arbeitskraft nicht mehr genutzt werden, sinkt der Wert des Menschen auf Null. In Debatten darüber, was für eine Arbeitskraft in Deutschland gebraucht wird, geht es ausschließlich um Fachkräfte. Entsprechend erfolgt gegenüber allen anderen, die keine Fachkräfte sind, eine Abwertung, denn sie werden scheinbar nicht gebraucht.

Sarrazin fand mit seinen sozialdarwinistischen und rassistischen Äußerungen auch deswegen so viel Zuspruch, weil er an Ängste anknüpfen konnte, die mit der Krise einhergehen. Ein Grundbedürfnis von Menschen ist das nach Sicherheit und Wohlstand. Sarrazin suggerierte, dass die Sicherheit und der Wohlstand der deutschen Gesellschaft durch eine Gruppe von »Fremden«, die nicht zum postulierten »Wir« gehören (dürfen), bedroht seien. Seit einigen Jahren gibt es eine zunehmende Unsicherheit innerhalb der Mitte der Gesellschaft. Das wachsende akademische Prekariat und die Krise haben real zum Schrumpfen der Mitte beigetragen. Die Folge ist, dass die Wohlstands- und Sicherheitsversprechen an das Individuum nicht mehr eingelöst werden können und die Angst vor ökonomischem und sozialem Abstieg wächst. Die Statusangst wirkt auch deswegen so stark, weil die Identifikation mit dem gesellschaftlichen Reichtum und die persönliche Teilhabe einen Großteil des eigenen Selbstbildes ausmachen. Nichts fürchtet das Bildungsbürgertum so sehr als selbst von Hartz IV abhängig zu sein. Es geht nur noch darum, die eigene Pfründe zu verteidigen und zwar gegenüber jenen, die angeblich dafür verantwortlich sind, dass der Status bedroht ist.



Durch das Empfinden dieser Statusangst werden vorhandene vorurteilsbeladene Vorstellungen begünstigt. Bereits Ende der 1950er Jahre hatte der Soziologe Seymour Martin Lipset auf die Problematik des Zusammenhangs von wirtschaftlicher Krise und der Zunahme antidemokratischer Entwicklungen in der Mitte einer Gesellschaft hingewiesen. Er bezeichnete dies bezogen auf den NS als den Extremismus der Mitte. In den 1990er Jahren wurde der Theorieansatz von Heitmeyer wieder aufgegriffen und fand Eingang in die Forschung zu rechten Einstellungen. Auch für 2010 zeigt sich laut der »Heitmeyer-Studie«, dass das Empfinden einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise Auswirkungen auf Abwertungen und Ausgrenzungen hat.

Scheindebatten in Krisenzeiten

Weiter entstehen Diskurse nicht von selbst, sondern sie werden gemacht: Seien es die Politiker_innen wie Merkel und Guttenberg, die eine offene Debatte fordern. Seien es Kelek, Schwarzer und Seehofer, »die eine Bedrohung durch den Islam« herbeireden. Oder Westerwelle und Sloterdijk, die Hartz IV-Angewiesene für die leere Staatskasse verantwortlich machen. Der Diskurs über »Integrationsverweigerer« und »Sozialschmarotzer« lenkt erfolgreich von den grundlegenden Problemen sozialer und ökonomischer Art ab. Es wird sich nicht mit realer Krisenbewältigungspolitik, sondern nur mit Scheindebatten befasst. Und eine seltsame Sichtweise auf die Realität konstruiert. In der die wirklichen Verursacher_innen der ökonomischen Krise – die Bänker_innen, die spekuliert haben, die Politiker_innen, die die Deregulierung des Finanzsektors beschlossen haben und die Wohlhabenden und Reichen, die davon profitiert haben – als »Leistungsträger_innen« gelten.

Genau diese Wahrnehmung scheint sich aber zunehmend in der Mitte der Gesellschaft durchzusetzen. Wenngleich diese Einkommenschicht nur ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, hat sie durch ihre bessere Bildung und besser gestellte Arbeit einen besonderen Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse und die Politik.

Wenn also gerade in dieser Bevölkerungsgruppe – die bisher antirassistische Vorstellungen hoch gehalten hat – Vorurteile und Abwertungen steigen, hat dies weit reichende Folgen für das gesellschaftliche Klima. Gerade im Superwahljahr 2011 kann dies äußerst gefährlich werden. Denn nicht nur rechtspopulistische Parteien wie die Bürgerbewegung Pro Deutschland (und ihr hiesiger Ableger Bürgerbewegung Pro Berlin) und Die Freiheit werden versuchen, diese Stimmungen zu nutzen. Sondern auch Volksparteien werden solche Argumentationen aufgreifen, um vorhandenes Wählerpotenzial abzuschöpfen. Die Folge wird eine weitere Verschiebung der gesellschaftlichen Normen sein. ★



Gleichberechtigung ist nach landläufiger Meinung für uns kein Thema mehr. Frauen können wählen, alle Berufe ergreifen und auch Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts ist gesetzlich verboten. Und dass es in Deutschland eine Kanzlerin gibt, sollte der letzte Beweis für gelungene Gleichstellung sein. Komisch nur, dass Frauen EU-weit immer noch etwa 17% weniger verdienen als Männer, in Deutschland sind es sogar 23%. Die Aufstiegschancen für Frauen sind noch immer deutlich geringer als für ihre männlichen Kollegen, so sind in den Vorständen der DAX-Konzerne lediglich 3% Frauen vertreten. Und auch wenn Frauen es bis in Führungspositionen schaffen, haben sie mit anderen Widrigkeiten zu kämpfen als ihre männlichen Kollegen. Männer in Führungspositionen leisten 10% der Familienarbeit, Frauen kümmern sich um 58% der Familienangelegenheiten, auch wenn sie beruflich sehr stark eingespannt sind. Durch alle sozialen Schichten, unabhängig von der Wochenarbeitszeit und der beruflichen Qualifikation, leisten Frauen mehr unbezahlte Familienarbeit als Männer. Deshalb wird auch immer nur über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesprochen, wenn über die Berufsaussichten von Frauen gesprochen wird. Männern stellt sich dieses Problem meistens schlicht nicht. Und auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten viel getan hat in diesem Bereich, ist es noch lange nicht so, dass wir in einer gleichberechtigten Gesellschaft angekommen wären, weder zwischen den Geschlechtern, noch anderen Gruppen.



Westliche Werte oder Frauenrechte?

Rassismus und die Unterdrückung scheinbar schwächerer gesellschaftlicher Gruppen verorten wir im allgemeinen Diskurs in rechten und konservativen Kreisen, nicht dagegen in unserem aufgeklärten Umfeld. Umso verwunderlicher, dass momentan die Diskussion um Frauenrechte oftmals einher geht mit antimuslimischen Ressentiments.

»Das Kopftuch ist das Zeichen, das die Frauen zu den anderen, zu Menschen zweiter Klasse macht. Als Symbol ist es eine Art »Branding«, vergleichbar mit dem Judenstern.« (Alice Schwarzer)

Die Rechte der Frauen – hier festgemacht an der Kopftuchdebatte – haben sich in der Integrationsfrage zu einem Kernpunkt entwickelt. Von konservativen Kreisen über die Grünen bis hin zu Feminist_innen und Lesben- und Schwulenverbänden wird die erfolgreiche Integration von Migrant_innen daran festgemacht, wie sie sich äußerlich zu diesem Thema verhalten. Unter dem Schlagwort »westliche Werte« wird der berechtigte und leider immer noch nötige Kampf um Frauenrechte untrennbar mit einer bestimmten Kultur verknüpft und damit gegen eine andere Kultur zu Felde gezogen.

So nannte Schwarzer, in Deutschland eine regelrechte Ikone in Teilen der Frauenbewegung, das Kopftuch unter anderem auch »Flagge des Islamismus« und emotionalisierte jede berechtigte Debatte über Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat. Der Islam wird nicht mehr als pure Religion gesehen, sondern die Ebenen Patriarchat, Religion, Tradition, Politik und Kultur werden bis zur Unkenntlichkeit vermisch.

Dieser Diskurs ist einladend, da er simple Probleme benennt, in dem Fall die fehlende Gleichberechtigung und gleichzeitig einfache Lösungen präsentiert, die auf breiten gesellschaftlichen Konsens stoßen. Ist das Kopftuchtragen erst verboten, würde alles gut und Frauen auf einen Schlag gleichberechtigt. Auf den zweiten Blick fällt erst auf, dass

diese Argumentationsstruktur einfach systemstabilisierend wirken, und wahrscheinlich deshalb so gut im bürgerlichen bis rechtskonservativen Lager ankommen. Durch die Fokussierung auf andere gesellschaftliche Gruppen wird u. a. von den Defiziten in der Gleichberechtigung abgelenkt, so dass die niedrigere Bezahlung von Frauen für gleiche Arbeit oder auch die Degradierung der »eingetragenen Lebenspartnerschaft« als Ehe zweiter Klasse dahinter zurück stehen.

Ob sie es wollen oder nicht, spielen Schwarzer, Kelek und die anderen Kopftuchkritiker_innen Rechtspopulist_innen und damit letztendlich auch Neonazis in die Hände, wenn sie sich von diesen nicht explizit distanzieren. Besonders Keleks Kritik am Kopftuch wird begeistert aufgenommen, da es sich bei ihr als »echter Muslimin« ja um eine ausgewiesene Expertin handeln muss. Doch statt sich abzugrenzen, nehmen etliche Frauenrechtler_innen wahr, dass ihnen bei diesem Thema Gehör geschenkt wird.

»Nicht jedes Mädchen, das ein Kopftuch trägt, ist eine Islamistin. Vielleicht will sie sich damit nur abgrenzen. Von den Eltern, von den Deutschen, von den Ungläubigen. Auch das mag sein. Im Kern ist es aber eine politische Bewegung.« so Necla Kelek, die damit deutlich macht, wie weit die Vermischung der Ebenen in ihrer Argumentation voran geschritten ist, wenn sie neben ihrer Lesart des Kopftuchs als politisches Statement keine andere daneben gelten lassen will. Auf diese Art und Weise kann kein Dialog entstehen, der nötige Kritik an Religion und fehlender Gleichberechtigung zulässt. ★

Ziel des Zensus ist die Errichtung einer neuen, umfassenden Anschrift- und Gebäudedatenbank, in der eine Vielzahl persönlicher Daten neu erfasst und vor allem auch aus bestehenden Datenbanken von Behörden wie den Arbeits- oder Meldeämtern zusammengeführt, und so zentral gespeichert werden. Nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses ist dies ein weiterer Schritt auf dem Weg zum »gläsernen Bürger«. Hier geht es also um die Zentralisierung bereits vorhandener Daten aller Einwohner_innen. Zusätzlich werden Informationen in mehreren Schritten erhoben: Alle Eigentümer_innen von Wohnungen und Gebäuden sind zur Berichterstattung über die Art der Wohnungen, Ausstattung und auch über die Bewohner_innen ver-

pflichtet. Weiterhin sollen 10% aller Einwohner_innen Deutschlands per Zufallsgenerator ausgesucht werden, die dann verpflichtet sind, persönliche Fragebögen auszufüllen. So genannte »Erhebungsbeauftragte« werden mit der Eintreibung der Informationen beauftragt, die bspw. Migrationshintergründe oder Religionszugehörigkeit umfassen. Es besteht dabei per Gesetz Auskunftspflicht: Verweigerung kann mit Geldstrafe geahndet werden, außerdem können Nachbar_innen und Vermieter_innen befragt und auch Wohnungen »begangen« werden. Der repressive Charakter dieses Gesetzes verdeutlicht von vornherein, dass der mit dem »Allgemeinwohl« begründete Zensus auch mit den Mitteln staatlicher Repression gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung durchgeführt werden soll.

In definierten »Sonderbereichen« wird zudem eine 100%ige Befragung durchgeführt. Dies betrifft bspw. Gefängnisse, Psychiatrien und Kliniken, aber auch Alters- und Studierendenwohnheime. Neben der allgemeinen Kritik, die sich an die Verfügbarmachung sensibler Daten für politisch fragwürdige Projekte im Rahmen kapitalistischer Verwertungslogik richtet,

gibt es in diesem Fall eine Reihe weiterer Problematiken: Die Daten werden nicht anonym verarbeitet, sondern lassen sich anhand von »Ordnungsnummern« noch bis zu vier Jahre zurückverfolgen, wobei auf verlässliches Löschen von Daten wohl sowieso niemand mehr vertrauen dürfte. Weiterhin werden bisher zu ganz anderen Zwecken angegebene Daten bei Behörden nun auch offiziell zweckentfremdet. Der Kritik an der Ausdehnung staatlicher Machtbefugnisse wird somit einfach eine weitere Ausdehnung entgegengesetzt. Nicht allein die öffentlich gewordenen Datensandale privater Unternehmen zeigen, welche Gefahren die Ansammlung scheinbar unscheinbarer Daten in sich birgt. Ein Blick in die Geschichte zeigt,

www.vorratsdatenspeicherung.de
www.zensus11.de

Staatskontrolle, Volkskontrolle, Wurzeltrolle

Am 9. Mai 2011 starten die Befragungen für eine bisher nicht gekannte Katalogisierung der Menschen in der BRD. Grundlage für diesen Zensus ist eine Anordnung der EU, nach der alle Mitgliedsländer zur Zählung verpflichtet wurden. Allerdings geht die Datensammelwut hierzulande weit darüber hinaus.

wie weitreichend die Folgen im Extremfall waren: Während des NS bildeten die Daten die Grundlage für die Deportationen und letztlich den Holocaust.

1983 sah sich die Bundesregierung bei dem Versuch der letzten Zählung mit einer breiten Protestwelle konfrontiert. Das Bundesverfassungsgericht stoppte die Erhebung und erst 1987 konnte sie in stark veränderter Form dann durchgeführt werden. Doch obwohl eine breite Aufklärung der Bevölkerung über die Maßnahmen vom Gericht eingefordert wurde, ist von staatlicher Seite bislang so gut wie keine Information erfolgt. Wer sich von staatlicher Seite generell nie bedroht fühlt, könnte sich zumindest fragen, zu welchem Zweck die NPD ihre Mitglieder auffordert, sich massenhaft als freiwillige »Volkszähler« zu melden. Aus andern Ländern gibt es Beispiele für kreativen Umgang mit den Befragungen: Im englischsprachigen Raum entwickelte sich das Phänomen der »Jedi-Religion«: Durch Angabe »Jedi« oder »Jedi-Ritter« bei der Frage nach der Religionszugehörigkeit erreichte der »Jedismus« dort teilweise den Status der viertgrößten Religionsgruppe. ★

7 ANTIBERLINER 29 | 2011

Rechte auf dem Vormarsch

Marine Le Pen, Tochter des rechten *Front National* (FN) Gründers Jean-Marie Le Pen und seit Januar Parteivorsitzende der FN, könnte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl mit 23% der Stimmen rechnen und käme damit auf den ersten Platz. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Zeitung »Le Parisien«. Der rechtskonservative Amtsinhaber Sarkozy käme, ebenso wie die sozialdemokratische Parteichefin Aubry, auf lediglich 21%. Das momentane Interesse an ihrer Person nutzt Le Pen um ihre Hetze gegen Migrant_innen weiterzutreiben, so schlug sie im März vor, dass Boote mit Essen und Getränken zu den Flüchtlingen vor Lampedusa aufs Meer fahren sollten, damit vermieden werde, dass sie in Europa an Land gingen.

Frauen machen Druck

Momentan steht der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi wegen einer ganzen Reihe von Tatvorwürfen vor Gericht. Dabei finden diejenigen in Bezug auf Sexskandale mit Minderjährigen in den Medien am meisten Anklang. Ihm wird noch etliches mehr vorgeworfen; u.a. Zeugenbestechung, Steuerhinterziehung etc. Obwohl Berlusconi schon über Jahre immer wieder verschiedene Delikte vorgeworfen wurden, hatte er es durch neue Gesetze und andere Tricks, die man als Staatschef aus dem Ärmel schüttelt, geschafft, dies meist unbeschadet zu überstehen. Diesmal könnte es für ihn anders aussehen. Anfang des Jahres sind hunderttausende Frauen auf die Straße gegangen, um gegen ihn zu demonstrieren, sie griffen gleichzeitig auch das diskriminierende Frauenbild an, welches in den Medien weit verbreitet ist.



Empört euch!

»93 Jahre. Das ist schon wie die allerletzte Etappe. Wie lange noch bis zum Ende? Die letzte Gelegenheit, die Nachkommen teilhaben zu lassen an der Erfahrung, aus der mein politisches Engagement erwachsen ist.«

EMPÖRT STÉPHANE HESSEL EUCH!

Das kleine Büchlein von Stéphane Hessel hat schon ordentlich für Furore gesorgt. Ein alter Mann ruft den nachfolgenden Generationen zu, sie sollten sich wieder einmischen, nicht alles hinnehmen, den Mund aufmachen und Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit. Das klingt langweiliger als es ist und Hessel schafft es durch seine Verknüpfung zur eigenen Geschichte – er war Mitglied der Résistance und überlebte das KZ Buchenwald – den Bezug zur Gegenwart hinzukriegen und zu berühren. Allerdings wird bis zum Schluss nicht so ganz klar, warum er immer und immer wieder zu Gewaltverzicht als oberste Prämisse aufruft, wo er doch so viele Themenfelder benennt, in denen nicht nur Empörung, sondern auch Wut angebracht ist. Ob sein »Aufstand in Friedfertigkeit« also dazu angetan ist, »das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken« zu überwinden, darf bezweifelt werden, trotzdem nett zu lesen.

ISBN 978-3-550-08883-4
Ullstein Berlin 2011
32 Seiten | 3,99 EUR

Rap, Chanson, Punk...



Er rappt übers Schwarzfahren und davon, dass er sich für keinen Chef der Welt jemals bücken würde. Grund genug den Brustmuskeldancer »Tapete« um ein Interview für den Antiberliner zu bitten.

Antiberliner: Oft wirst du als Rapper betitelt, aber wie würdest du deine Musik selbst bezeichnen?

Tapete: Ich nenne es »Rap, Chanson, Punk« und bei Konzerten vereinen sich meine und Crying Wolfs »Chaos Country«-Stimme zu einem glitzernen Feuerwerk aus urbaner Arroganz und enthusiastischer, leidenschaftlicher Folklore in einem evident um-sich-schlagendem Wechselbad der Gefühle.

Deine Alben können kostenlos auf tapeteberlin.de heruntergeladen werden. Willst du garnicht versuchen von deiner Musik zu leben?

Hausprojekten und freu mich über die zahlreichen und teilweise gelungenen Versuche antisexistische, antihomophobe, antirassistische Gesinnung zu schaffen. Ich möchte Bomben basteln, aus Teufelskrachern und damit den Bundestag in die Luft jagen. Wo soll ich das tun, wenn keine Linken Ballungszentren mehr da sind? Etwa im Untergrund?

Untergrund ist ein gutes Stichwort! Kann in Berlin inzwischen von einer Hip-Hop Subszene gesprochen werden, die jenseits von Sexismus, Homophobie und Gangster-Habitus angesiedelt ist?



Im Mai, wenn mein nächstes Album: »Sumpf« erscheint, wird es das wieder kostenlos im Netz, aber auch auf kaufbarer Compact Disc geben. Ich möchte von meiner Musik leben, dazu braucht es jedoch nicht mehr viel: Zu den kommenden CDs, endlich auch Merchandise einführen plus die zwei, drei bezahlten Konzerte monatlich und schon bin ich auf ALGII Niveau. Shit, die wollen den HartzIV Satz ja erhöhen. Um was? 8 Euro! Wow. OK. Ich denke ich müsste dann zusätzlich noch 24 Packungen Tabak pro Jahr weniger kaufen. Bis es soweit ist, setze ich aber noch jeden Monat mein Autogramm bei der Postbank auf die Checks vom Amt.

Dein neuer Song »Von Freiheit nicht Genug« handelt von der Liebig 14 Räumung. Was verbindet dich mit solchen Hausprojekten?

Der Song handelt u.a. davon, dass zerstört wird, was maßgeblich zu einem wesentlich schöneren Stadtbild beiträgt. Ich mache Konzerte in solchen

Ich habe bei der Frage ein Bild im Kopf: Ich sehe einen Dackel und eine kleine Kackwurst, die, beide auf zwei Beinen, vor einem riesigen aus kleinen Würsten aufgetürmten Scheißhaufen stehen. Ich sehe eine Sprechblase über der kleinen Kackwurst, in der steht: »Die sehen ja alle gleich aus!« Der Dackel und die kleine Kackwurst – die mittlerweile übrigens gemerkt hat, dass sie nur in der Form den Kackwürsten des riesigen Scheißhaufens ähnelt – das sind Crying Wolf & Tapete. In dem riesigen Haufen vor uns, müssten wir schon sehr lange suchen um Gleichgesinnte zu finden. Beispielsweise Conexión Musical, Sookee, Schlagzeilen, die stehen auch jenseits des Scheißhaufens, aber auch nicht dort wo der Dackel und sein bester Freund stehen. Und das ist wunderbar so. Alle genannten sind sehr unterschiedlich, inhaltlich jedoch weitestgehend darüber einig, dass es in dieser Stadt noch weitaus besser laufen muss in Sachen Antisexismus, Antihomophobie... ★

COMIC

